



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den am 2. Juni 2025 angekündigten Kurswechsel bezüglich der digitalen Ausstattung von Schülerinnen und Schülern zurückzunehmen und an der schrittweisen 1:1-Ausstattung ab der 5. Jahrgangsstufe festzuhalten.

Der Landtag appelliert an die Staatsregierung, die Expertise der Lehrkräfte wertzuschätzen, da diese didaktisch am besten einschätzen können, welche Lernmittel eingesetzt werden. Deren Entscheidungsverantwortung gilt es zu stärken, anstatt mit Verboten und Regulierungen eine moderne Schulentwicklung zu behindern.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, ein umfassendes, verbindliches und altersgerechtes medienpädagogisches Gesamtkonzept für alle Schularten zu entwickeln, das sowohl Medienerziehung als auch Mediendidaktik berücksichtigt und klare Leitlinien für den pädagogisch sinnvollen Einsatz digitaler Medien in allen Jahrgangsstufen enthält.

Begründung:

Die am 2. Juni 2025 durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsministerin für Unterricht und Kultus Anna Stolz angekündigte Verschiebung der digitalen Ausstattung von Schülerinnen und Schülern auf die 8. Jahrgangsstufe hat an Bayerns Schulen – insbesondere an Realschulen – für erhebliche Verunsicherung gesorgt. Schulen, die sich in den vergangenen Jahren auf den Weg gemacht haben, medienpädagogisch fundierte und didaktisch durchdachte Konzepte für eine 1:1-Ausstattung ab der 5. Klasse zu entwickeln, sehen ihre Arbeit delegitimiert und gefährdet. Viele Planungen für das kommende Schuljahr – inklusive Fortbildungen, Elternabenden, Bestellungen und Projekttagen – sind bereits abgeschlossen. Eine abrupte Richtungsänderung ist weder schulorganisatorisch zu verantworten noch bildungspolitisch zielführend.

Die Entscheidung widerspricht nicht nur dem Koalitionsvertrag und dem Kabinettsbeschluss von 2024, sondern auch dem Anspruch, digitale Bildung strategisch, nachhaltig und altersgerecht zu verankern. Die pauschale Aussage „umso jünger, umso weniger digital“ greift zu kurz. Vielmehr brauchen Kinder und Jugendliche altersgemäße Zugänge zu digitalen Lernformaten, um medienkompetent aufzuwachsen – im geschützten Raum der Schule, mit pädagogischer Begleitung.

In einer zunehmend digitalen Lebens- und Arbeitswelt ist Medienbildung kein Zusatz, sondern eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, berufliche Zukunftsfähigkeit und demokratische Mündigkeit. Die Vermittlung analoger Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen steht dabei nicht im Widerspruch zum Einsatz digitaler

Medien – sie können sich sinnvoll ergänzen, wenn sie konzeptionell gut eingebettet sind. Dies haben viele Schulen in Bayern bereits erfolgreich unter Beweis gestellt.

Zudem ist Medienbildung ein zentraler Baustein politischer Bildung. Die Fähigkeit, Informationen einzuordnen, Fake News zu erkennen, Algorithmen zu verstehen und sich eine eigene Meinung zu bilden, muss von Anfang an vermittelt werden – nicht erst ab der 8. Klasse. Die Schule muss Kinder und Jugendliche dazu befähigen, souverän und kritisch mit digitalen Inhalten umzugehen.

Ein solcher Bildungsauftrag verlangt nach einem landesweiten, verbindlichen medienpädagogischen Konzept, das sowohl Lehrkräfteausbildung als auch Fortbildung einschließt und didaktische Innovationen ermöglicht. Gleichzeitig müssen Schulen die notwendige Freiheit und Ausstattung behalten, um bewährte Konzepte fortzuführen und neue Modelle zu erproben.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, ihre Kehrtwende zu überdenken und stattdessen auf Verlässlichkeit, pädagogische Differenzierung und eine moderne, medienkompetente Bildungspolitik zu setzen.